

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Innovationen brauchen Freiheit – Für mehr Arbeit und Wohlstand

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Innovationen eröffnen mehr Freiheit und sichern Arbeit, Wohlstand und sozialen Frieden

Innovationen sind der Schlüssel für mehr Arbeit und Wohlstand in unserem Land. Der Wettbewerb in einer globalisierten Welt beschleunigt die Entwicklung der Gesellschaften. Hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze sind dauerhaft nur möglich, wenn unsere Produkte und Dienstleistungen mindestens um so viel besser sind, wie ihre Herstellung teurer ist. Nur durch neue Produkte und Produktionsverfahren können wir als rohstoffarmes Hochlohnland in einer globalisierten Welt unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme dauerhaft sichern. Erfolgreiche Innovationspolitik ist damit auch die Basis für eine erfolgreiche Sozialpolitik.

Leitlinien der Innovationspolitik

- Kluge Köpfe sind unser wichtigstes Kapital

Vor allem in unseren Schulen und Hochschulen entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Eine Innovationspolitik muss daher auf beste Bildung sowie auf die Kreativität, die Eigeninitiative und den Entdeckergeist jedes Einzelnen setzen. Entscheidend dafür ist zuallererst ein hervorragendes Bildungswesen von der frühkindlichen Bildung über die schulische

und berufliche bis zur wissenschaftlichen Bildung. Damit kein Talent verloren geht und jeder die Chance hat, seine Fähigkeiten voll zu entwickeln, brauchen wir bessere Bildungschancen für alle am Start. Auf Grund kürzer werdender Innovationszyklen, die dazu führen, dass einmal Gelerntes schneller überholt ist, kommt auch der Fort- und Weiterbildung bis ins hohe Alter für die Innovationskraft einer Gesellschaft wachsende Bedeutung zu.

Wir brauchen mehr Freiheit im Bildungssystem, um die Gestaltungskompetenz und Gestaltungskraft unserer Gesellschaft zu stärken. Unser Bildungs- und Wissenschaftssystem muss ermöglichen, dass mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Deutschland für die Zukunft fit zu machen heißt: Bildung, Forschung und Entwicklung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

- Leistungsorientierung und Wettbewerb

Jeder muss unabhängig von seiner Herkunft und vom Vermögen der Eltern faire Startchancen bekommen. Dadurch werden die notwendigen Voraussetzungen für gut qualifizierte Menschen auf allen Ausbildungsebenen geschaffen und damit die Grundlage für eine innovative Gesellschaft gelegt.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit setzt Leistungseliten voraus, die eine breite Basis, Durchlässigkeit, Leistungsorientierung, gezielte Förderung und fairen Wettbewerb brauchen. Die Prinzipien in der Innovationspolitik sind: Stärken stärken, Profil schärfen und Exzellenz fördern. Damit aus klugen Köpfen und frisch entfalteter Kreativität tatsächlich wissenschaftliche Exzellenz und Innovationsvorsprung der Wirtschaft erwachsen, muss einer Förderung nach dem Gießkannenprinzip ein fairer Wettbewerb um die Fördermittel entgegengesetzt werden.

Um Deutschlands internationales Profil als Forschungs- und Innovationsland zu schärfen, muss der Standort für die besten Köpfe aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wieder an Attraktivität gewinnen. Der Brain-Drain der letzten Jahre muss sich in einen internationalen Brain-Gain umkehren. Dann werden die Unternehmen hier auch wieder mehr in Forschung und Entwicklung sowie in modernste Produktion investieren.

- Innovationspolitik ist zukunftsorientiert und ideologiefrei

Damit Neugier, Wissensdurst, Erkenntnisdrang und Erfindergeist bei uns wieder gedeihen können, muss die Ideologisierung in der Forschungs- und Technologiepolitik beendet werden. Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass sie Forschung und Entwicklung – insbesondere auch jene von Firmen – wieder stimulieren statt strangulieren. Die Blockade wichtiger Technologiefelder durch Barrieren und Denkverbote gehören endlich abgebaut, ob in der Gentechnik oder bei der Energiegewinnung.

Damit stellen wir uns der Verantwortung für die großen Probleme der globalen Welt: Den Hunger besiegen, bisher untherapierbare Krankheiten heilen, das Wasserproblem lösen, ausreichende Energieversorgung für eine wachsende Menschheit garantieren, für Klimaschutz sorgen. Unseren Beitrag dazu können wir nur leisten, wenn wir alle technologischen Optionen nüchtern in Betracht ziehen, ihre Risiken ausloten, aber auch ihre echten Chancen verfolgen.

Wir brauchen einen klaren Kurswechsel hin zu einer offenen Forschungs- und Technologiepolitik und zu einem positiven zukunftsbejahenden Forschungs- und Innovationsklima, in dem Forschergeist und Kreativität gedeihen können.

- Innovationspolitik ist Ordnungspolitik

Innovationen kann der Staat nicht planen. Im Gegenteil: Überregulierung und Bürokratismus entmündigen und lähmen die Menschen. Innovationen brauchen Freiheit. Deshalb gilt es entschieden für eine Erneuerung der Sozialen Markt-

wirtschaft einzutreten, als eine Ordnung der Freiheit, der Solidarität und der Subsidiarität. So verstandene Ordnungspolitik setzt den Rahmen, in dem die Menschen ihre Dinge ohne staatliche Bevormundung selbst regeln. Sie schafft mehr Eigenverantwortung für die Wissenschaft und mehr Spielraum für die Wirtschaft. Sie fördert die Kreativität und Eigeninitiative, die Innovations- und Risikobereitschaft der Menschen. Dafür muss das Regelungsdickicht gelichtet werden, das die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen einengt. An seine Stelle muss ein stimulierender ordnungspolitischer Rahmen treten. Eine Politik, die Freiräume für die Investition in Wissen und Innovationen schafft, den Unternehmergeist in unserem Land neu belebt, muss zugleich Schritt für Schritt Bürokratie auf allen Feldern abbauen. Dazu gehört auch, dass EU-Richtlinien künftig nur noch 1:1 umgesetzt werden und eine Politik des ständigen Draufsatteln beendet wird.

- Innovationspolitik setzt auf mehr Tempo und neue Prioritäten

International wettbewerbsfähige Innovationspolitik erfordert auch erhebliche finanzielle Anstrengungen der privaten Unternehmen wie auch des Staates. Das in Lissabon für Europa verabredete Ziel, 3 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden, ist ebenso ehrgeizig wie unverzichtbar.

Unsere Gesellschaft muss insgesamt innovationsfähiger werden. Eine innovative Gesellschaft ist zu ständiger Anpassung an sich ändernde Verhältnisse bereit. Der Staat, die Verwaltung ebenso wie die Politik und die Parteien müssen die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft ermöglichen.

Wurden laut OECD zu Beginn der 80er Jahre noch 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Wirtschaft und öffentlicher Hand in Deutschland für FuE aufgebracht, so sank der Anteil bis in die Mitte der 90er Jahre. Die Trendwende setzte 1997 ein und erreichte 2003 mit rd. 2,6 Prozent ihren vorläufigen Höhepunkt. Zwischenzeitlich sind die FuE-Aufwendungen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft auf unter 2,5 Prozent gesunken. Damit hat sich Deutschland von seinem im Rahmen des „Lissabon-Prozesses“ selbst gesteckten Ziel, bis 2010 3 Prozent vom BIP für FuE aufzuwenden, wieder entfernt. Deutschland droht im internationalen Vergleich zurückzufallen, während aufstrebende Länder wie Indien und China ihre Aufholjagd mit großer Geschwindigkeit fortsetzen.

Wir brauchen eine Trendwende in der Innovationspolitik: Die knappen öffentlichen Mittel müssen wir entschlossen auf Zukunftsfelder konzentrieren. Wir dürfen die Menschen und Unternehmen nicht mit zusätzlichen Steuern und Abgaben belasten und die Vergangenheit durch Subventionen weiter verlängern, sondern müssen vorhandene Mittel gezielt in Zukunftsinvestitionen umwandeln.

Darüber hinaus ist regelmäßige Generationenbilanzen für Deutschland erforderlich. In der Generationenbilanz werden, aufgeschlüsselt nach Jahrgängen, auf der Habenseite Leistungen für die nachrückenden Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherung – erfasst, auf der Sollseite Belastungen und Verpflichtungen aus Generationsverträgen ausgewiesen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Bedingungen für folgende wesentliche Verbesserungen für Innovationen in Deutschland zu schaffen:

1. Mehr Freiheit für innovatives Unternehmertum

Innovationen können Wertschöpfung nur entfalten, wenn Unternehmer am Ende der Innovationskette bereit sind, Produkte zu entwickeln und mit ihnen ins Risiko zu gehen. Das gilt für die kleinen innovativen Start-ups genauso wie für die großen forschungsintensiven Unternehmen, die rund 80 Prozent der von der Wirtschaft getätigten Investitionen in Forschung und Entwicklung bestreiten.

Um mehr Investitionen in Wissen und Innovationen zu ermöglichen, müssen wir die Rahmenbedingungen ändern hin zu mehr Freiheit und Verantwortung.

- Hierzu brauchen wir einen konsequenten Bürokratieabbau. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Es soll nur noch das geregelt werden, was der Regelung bedarf. Die Bürokratielasten des Mittelstands von rund 45 Mrd. Euro jährlich müssen halbiert werden. Ein Teil dieser Einsparungen könnte von den Unternehmen in Forschung und Entwicklung investiert werden. Insbesondere müssen Anzeige-, Aufbewahrungs- und Auskunftspflichten sowie die baurechtlichen Vorschriften auf den Prüfstand. Die Zulassung von Produkten muss deutlich beschleunigt werden. Langwierige Genehmigungsverfahren sollen wo immer möglich auf Anzeigeverfahren umgestellt werden. Neue Gesetze sind grundsätzlich darauf zu prüfen, sie zu befristen und mit einem Verfallsdatum zu versehen. Bei Gesetzen ohne Befristung ist nach fünf Jahren festzustellen, ob ihr Fortbestand notwendig ist.
- Das E-Government muss mit dem Ziel der Effizienz und Transparenz weiter ausgebaut werden, um sowohl die Kommunikation zwischen Behörden und Bürgern bzw. Unternehmern als auch die internen Abläufe zu optimieren. Dies gilt auch für den digitalen Rechtsverkehr. Eine effiziente öffentliche Verwaltung, die sich durch Leistungsfähigkeit und Kundenorientierung auszeichnet ist zunehmend auch Bestandteil von Standortentscheidungen der Unternehmen.
- Deutschland braucht ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem. Besonders kleine und mittelständische innovative Unternehmen leiden unter der Kompliziertheit der Unternehmensbesteuerung. Die mangelnde Neutralität des Steuerrechts führt dazu, dass steuerliche Regelungen die Wahl der Rechtsform oder der Finanzierungsart bestimmen. Ständige Rechtsänderungen – häufig mit Rückwirkungen – erschüttern das Vertrauen potenzieller Investoren in den Standort Deutschland. Steuersystematisch falsche Regelungen wie die Mindestbesteuerung müssen zurückgenommen werden. Stattdessen brauchen wir eine radikale Vereinfachung des deutschen Steuersystems: Gleichbehandlung aller Einkunftsarten, Abschaffung der Gewerbesteuer und eine Unternehmenssteuerreform, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wieder herstellt.
- Zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland müssen Produktinnovationen im Bereich der Kapitalanlagen konsequent gefördert werden. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung des Investmentrechts nach internationalen Vorbildern, damit Deutschland als Standort für die Auflegung und Domizilierung von Fonds an Stärke gewinnt. Damit gute Ideen und Erfindungen schneller auf dem Markt durchsetzen und auch an unserem Standort neue Arbeitsplätze und Wachstum hervorbringen, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für innovatives Unternehmertum. Hierzu zählen auch bessere Finanzierungsbedingungen für technologieorientierte Unternehmensgründungen. Wir brauchen Fondslösungen, mit deren Hilfe privates Kapital zur Förderung der Eigenkapitalausstattung innovativer Unternehmen gewonnen werden kann. Darüber hinaus könnten die Risikokapitalausstattung und Wachstumsmöglichkeiten innovativer Unternehmen durch zusätzliche Spezialelemente an den nationalen Börsen gestärkt werden. Die mangelnde Kapitalbasis für junge Unternehmen ist eine der größten Innovationsbremsen. Die bisherigen Möglichkeiten, über High-Tech-Gründerfonds an Seed-Capital zu kommen, sind nicht ausreichend. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft soll eine Fonds-Initiative gestartet werden, um innovative Unternehmen in der Startphase zu unterstützen.
- Ein eigenständiger Wissenschaftstarifvertrag mit entsprechenden bedarfsgerechten Öffnungsklauseln ist überfällig. Wissenschaftler lassen sich nicht in das starre Korsett der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst zwängen.

Wissenschaftliche Experimente und Versuchsanordnungen erfordern ein besonders hohes Maß an flexibler Arbeitszeit- und Tarifgestaltung.

2. Hochschulen fit für die Zukunft machen

Die Hochschulen müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, um international für sich und damit auch für unsere Volkswirtschaft die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler rekrutieren zu können. Dazu müssen Hochschulen befähigt werden, ausreichende Personal- und Sachbudgets bereitzustellen. Berufungsverfahren müssen internationalen Standards gerecht werden und wesentlich schneller erfolgen können. Um die Mobilität von Wissenschaftlern zu erhöhen und den Wettbewerb zu stärken, ist es erforderlich, dass Regelungen zur europäischen und internationalen Übertragbarkeit von Altersversorgungsansprüchen gefunden werden.

Die Föderalismusreform ist die Voraussetzung für einen lebendigen Wettbewerbsföderalismus. An den positiven Aspekten der Entflechtung der Bundes- und Länderkompetenzen muss im Rahmen der Reform festgehalten werden. Die Autonomie der Hochschulen sowie die Wahrung der Einheit von Forschung und Lehre müssen grundgesetzlich verankert werden.

In Deutschland fehlen heute bereits 18 000 Ingenieure. Der Bedarf an Ingenieuren kann nicht gedeckt werden, obwohl 47 000 Ingenieure arbeitslos gemeldet sind. Gleichzeitig sinkt das Interesse junger Menschen an entsprechenden Studiengängen. Daher müssen mehr junge Menschen für die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Disziplinen interessiert und davon überzeugen, dass sie in Wissenschaft und Wirtschaft gebraucht werden. Dies sollte bereits in der Schule durch lokale Partnerschaften zwischen Schule, Hochschule und Wirtschaft beginnen.

3. Entideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik

Es muss Schluss gemacht werden mit der Ideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik. Die Blockade wichtiger Technologiefelder durch Barrieren und Denkverbote muss abgebaut werden. Wir brauchen eine zukunftsbejahende Forschungs- und Innovationspolitik, ein Klima, in dem Neugier, Wissensdurst, Erkenntnisdrang und Erfindergeist gedeihen können. Wir brauchen neues Vertrauen in den Standort und mehr Chancen für zukunftssichere Arbeitsplätze.

- Die Forschungs- und Technologiepolitik muss ideologiefrei auf Zukunftsfelder und Spitzentechnologien ausgerichtet werden. Das sind insbesondere die Querschnittstechnologien wie Lebenswissenschaften, Nanotechnologie, die optischen Technologien und die Informationstechnologie. Hier gilt es, vorhandene Stärken konsequent zu stärken, denn Erfolge in diesen Bereichen werden auch die Wettbewerbsfähigkeit der starken Industrien in unserem Land erhöhen.
- Die moderne Biotechnologie und insbesondere auch das Teilgebiet der Gentechnologie ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. In der wachstumsträchtigen weißen Gentechnik nimmt Deutschland mittlerweile eine weltweit führende Position ein. Die Vorbehalte gegen dieses Forschungs- und Technologiefeld sind mittlerweile nur noch gering ausgeprägt. Wichtig ist nun eine Langfriststrategie, die sich von der Rohstofflage in einem globalisierten Wirtschaftsumfeld über die Identifizierung der Akteure im wirtschaftlichen und akademischen Bereich bis hin zur Analyse der Absatzmärkte und der damit verbundenen Förderstrategie erstreckt.
- Die rote Gentechnik zur Herstellung von Medikamenten, wie zum Beispiel von Insulin-Präparaten für Zuckerkrankte, war in Deutschland zunächst auch fundamentalen Widerständen ausgesetzt. Sie wurden überwunden, nachdem aus medizinischen Gründen die Nachfrage nach im Ausland gentechnisch

hergestelltem Insulin stark anstieg. Inzwischen sind viele Medikamente auf dem Markt, an deren Herstellung gentechnische Verfahren beteiligt sind.

Ein weiteres Gebiet der roten Gentechnik ist die Stammzellforschung. Davon erhoffen wir uns, dass sie hilft, viele schwere Krankheiten zu lindern, zu heilen oder in Zukunft sogar zu verhindern. Um dies zu erreichen, muss der Staat den ethisch gebotenen Schutz des Embryos gewährleisten aber zugleich eine klare gesetzliche Grundlage schaffen, die es unseren Wissenschaftler ermöglicht, verantwortlich an embryonalen Stammzellen zu forschen, therapeutisches Klonen durchzuführen und darüber hinaus deutschen Stammzellforschern Rechtssicherheit bei internationalen Forschergruppen bietet. Die jetzige Stichtagsregelung ist eine Sackgasse für den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland, weil die für deutsche Forscher einsetzbaren Stammzellen nicht mehr geeignet sind, auf dem Niveau des inzwischen erreichten internationalen Erkenntnisstands zu arbeiten. Das Stammzellenimportgesetz muss dringend novelliert und damit die Stichtagsregelung aufgegeben werden. Gleichzeitig müssen Vorkehrungen gegen eine missbräuchliche Gewinnung und Nutzung von Embryonen getroffen werden.

In Deutschland müssen für Forschungen an embryonalen Stammzellen nicht nur Stammzellen aus dem Ausland, sondern auch aus Deutschland eingesetzt werden können, die aus Embryonen gewonnen werden, die bei der künstlichen Befruchtung überzählig geblieben sind.

Das reproduktive Klonen muss aus ethischen Gründen kategorisch abgelehnt werden.

Gerade bei der grünen Gentechnologie müssen wir der ideologisch motivierten Politik auf allen politischen Ebenen entschieden und aufklärend entgegenzutreten. Die grüne Gentechnik bietet große Chancen, die Lebensqualität durch weiter verbesserte Lebensmittel und umweltverträgliche landwirtschaftliche Erzeugung nachhaltig zu verbessern und kann darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt leisten. Zudem eröffnet sie neue Möglichkeiten zur Erzeugung biologischer Werk-, Kraft- und Brennstoffe und damit zur Einsparung knapper fossiler Rohstoffe. Das Gentechnikrecht der rot-grünen Bundesregierung muss so geändert werden, dass unter Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet nicht behindert werden und der Anbau geprüfter und staatlich zugelassener Sorten, die mit Hilfe der Gentechnik gezüchtet wurden, unter praxisgerechten Bedingungen möglich wird.

- Ziel einer ideologiefreien Energieforschungs- und Energietechnologiepolitik ist es, eine sichere, wirtschaftliche, ökologisch vertretbare und ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen wir alle energiepolitischen Optionen in Betracht ziehen und unsere Versorgung auf eine möglichst breite Ressourcenbasis stellen. Deshalb sprechen wir uns für einen Energiemix aus. Dazu gehört neben den fossilen Energieträgern ein steigender Anteil erneuerbarer Energien sowie die Option zur Nutzung der Kernenergie. Deutschland muss als High-Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentrieren, energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen. Hier geht es vordringlich um eine Steigerung der Energieeffizienz (u. a. durch verlustärmere Stromübertragung), um Techniken klimaneutraler Energiegewinnung (u. a. Forschung für Biomasse, Geothermie, Windenergie auf See, Photovoltaik sowie Kernforschung), um modernste Abscheide- und Einlagerungstechniken für Treibhausgase, alternative Antriebe sowie eine Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff als Speichermedium. Prioritär ist auch die Energiespeicherforschung, um jene erneuerbaren Energien, die nicht ständig verfügbar sind, in eine einfach transportierbare und lagerfähige Form mit hoher Energiedichte zu bringen und sie somit zeitlich unabhängig verfügbar zu machen.

Zusätzliche Anstrengungen brauchen wir darüber hinaus bei der Energieeinsparung und bei der Steigerung der Energieeffizienz: Moderne Kraftwerkstechnik „Made in Germany“ bietet in unserem Land und auf den Weltmärkten beste Voraussetzungen dafür, auch fossile Energieträger umweltfreundlich, ressourcenschonend und weiterhin wirtschaftlich einzusetzen. Die Investitionszusagen der Wirtschaft begrüßen wir im Grundsatz ebenso wie die geplanten Aufwendungen für die Energieforschung seitens der Bundesregierung.

Wir brauchen aber auch weiterhin eine starke wissenschaftliche und technologische Expertise auf den Gebieten der Sicherheit von Kernkraftanlagen und Entsorgung. Der Weltenergieverbrauch steigt, fossile Brennstoffe werden knapper und teurer, der globale Klimawandel verschärft sich erheblich, wenn beispielsweise in Asien sich die durchschnittlichen CO₂-Emissionsrate pro Kopf der in Europa weiter annähert. Zudem müssen wir unabhängiger werden von Energiereserven in politisch instabilen oder schwer zugänglichen Regionen. Unser Land sollte seine hohe wissenschaftliche und technologische Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie sichern und weiter ausbauen. Nur so können wir verhindern, dass sich unser Land aus der internationalen Scientific Community ausschließt, obwohl es noch über Jahrzehnte kerntechnische Anlagen nutzen wird und seine Expertise gerade auch im Ausland gefragt ist. Darüber hinaus ist es von außerordentlicher Bedeutung, dass deutsche Forscher auch künftig an internationalen und europäischen Projekten der Kernenergieforschung zur Weiterentwicklung von Kernreaktoren teilnehmen können und Deutschland seinen Beitrag zur Umsetzung des EURATOM-Programms leistet.

4. Den Wissens- und Technologietransfer stärken

Ein funktionierendes Innovationsdreieck zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, ist kein Selbstläufer. Insbesondere der Wissens- und Technologietransfer muss angestoßen, moderiert und begleitet werden. Ziel ist es, Forschergeist und Unternehmertum zusammenzubringen. Die wissenschaftlichen Einrichtungen müssen sich mehr für die Interessen der Wirtschaft öffnen, der Übergang von Grundlagenforschung in die Anwendung muss besser gestaltet werden, parallele Aktivitäten müssen zusammengeführt werden. Den Hochschulen soll es ermöglicht und erleichtert werden, sich an wissenschaftsnahen Unternehmen zu beteiligen und auch solche Unternehmen zu gründen. Die Marktübersicht und der Marktzugang der Unternehmen müssen mit dem Know-how und den Forschungsergebnissen der Wissenschaft verzahnt werden. Die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind gefordert, sich als kompetente Ansprechpartner für die Interessen der Wirtschaft zu positionieren und durch eine gezielte strategische Planung und die Umsetzung von Kooperationsprojekten, die Einwerbung privater Drittmittel deutlich zu verbessern.

Aber auch die Wirtschaft sollte das Potenzial erkennen, das in gemeinsamen Forschungsprojekten mit der staatlich finanzierten Wissenschaft liegt und sich einen besseren Überblick über die Forschungsaktivitäten der Universitäten bilden. Universitäten könnten von der Industrie gestellte Technologiebeauftragte (Industrial Liaison Officers) in die hochschulinternen wissenschaftlichen Entwicklungen einbinden, wie es im Ausland erfolgreich praktiziert wird. Unternehmen, die sich in einem frühen Stadium an der Forschung beteiligen oder sich deren Ergebnisse sichern, haben es leichter, einen Technologievorsprung als internationalen Konkurrenzvorteil zu erlangen.

- Der Schutz geistiger Erfindungen und technischer Innovationen spielt eine herausragende Rolle für den Technologiestandort Deutschland. Es muss deshalb die Arbeitsteilung zwischen dem Deutschen Patent- und Markenamt und dem Europäischen Patentamt verbessert werden. Doppeltätigkeiten, besonders im Recherchebereich, sollten soweit wie möglich vermieden werden. Ziel muss es sein, dass Anmeldungen von Patenten schneller und günstiger

werden. Angemeldete Patente müssen eine höhere Rechtssicherheit erlangen, in Europa und weltweit. Wir wollen, dass insgesamt mehr Innovationen zum Patent geführt werden und hier in unserem Land zur Wertschöpfung beitragen. Im Vordergrund darf nicht ein aufwendiger administrativer Prozess stehen, sondern die Auszeichnung und die Anerkennung für den Erfinder, der das Produkt mit seinem Wissen, seiner Kreativität geschaffen hat. Geistiges Eigentum muss gestärkt werden. Es muss noch besser als bisher ermöglicht werden, dass Erfinder ihren erschaffenen Mehrwert selber wirtschaftlich verwerten und sich gegen Kopien weltweit zur Wehr setzen können. Insbesondere die Hochschulen sind gefordert, zusammen mit den Patentverwertungsorganisationen erfolgsorientierte Strategien zu erarbeiten.

5. Mehr Wettbewerb in der Förderpolitik

Die gegenwärtige Förderpolitik des Bundes muss auf den Prüfstand. Bei der Vergabe von Fördergeldern ist die Gießkanne kein taugliches Instrument. Vielmehr müssen zielgerichtete, unbürokratische Instrumente eingesetzt werden, die strikt an qualitätsorientierte, wettbewerbliche Verfahren gebunden sind. Ziel muss die Förderung neuer und innovativer Ansätze in den Unternehmen sein, damit der Staat in Zukunft statt in Vergangenheit investiert.

6. Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm nutzen

Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm und das neue Innovationsrahmenprogramm CIP (Competitiveness and Innovation Programm) sowie die weiteren EU-Programme müssen wir engagiert begleiten mit dem Ziel, die Rolle deutscher Wissenschaft, Forschung und der Unternehmen im europäischen Wettbewerb weiter auszubauen. Die Politik in Bund und Ländern muss Strategien entwickeln, wie insbesondere Wissenschaftler und der Mittelstand bei der Antragstellung unterstützt werden können. Wir begrüßen, dass auf Druck des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Rat und Kommission ein respektable Finanzrahmen für Forschung und Innovation geschaffen wurde.

Wir begrüßen die im Aufbau befindliche Errichtung des Europäischen Forschungsrates, der die Unabhängigkeit und Exzellenz europäischer Grundlagenforschung sichern soll. Wir unterstützen darüber hinaus die Förderung von Grundlagenforschung durch die EU, fordern aber zugleich transparente, unabhängige und nach Exzellenz ausgerichtete Auswahlverfahren.

Die Einrichtung einer Europäischen Agentur für Innovation und Technologietransfer (EIT) ist zeitgemäß und richtig. Aufgabe dieser Agentur soll es sein die bestehenden Netzwerke zwischen der Industrie und der Wissenschaft interdisziplinär noch stärker zu vernetzen. In Frage kommen hierfür insbesondere die bereits bestehenden 33 Technologieplattformen in den laufenden Rahmenprogrammen, die Exzellenznetzwerke und die Integrierten Projekte. Die Mitgliedstaaten müssen prüfen, inwieweit sie transnational geförderte Projekte im Rahmen von Eureka in das EIT einbringen wollen. Auch bestehende transeuropäische universitäre Netzwerke, die sich durch Exzellenz auszeichnen, sollen nach entsprechender Evaluation in das EIT aufgenommen werden, ohne dabei jedoch ihre Anbindung an die Heimatuniversität zu verlieren. Das EIT sollte offen sein für Anfragen insbesondere aus dem Mittelstand und den Technologietransfer über ein Verbindungsbüro abwickeln.

Berlin, den 16. Mai 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion